

51. Willi-Ritschard-Bildungswerkstatt: Utopie und Demokratie – einige Überlegungen und ein Aufruf

Utopien gibt es im Verlauf der Geschichte in vielfältigen Formen. Insbesondere linke, demokratische Konzepte für eine gerechtere Gesellschaft wurden immer wieder als «utopisch» bezeichnet, und man meinte damit «illusorisch, unrealisierbar». Das galt auch lange für die Demokratie – bis zum Beweis des Gegenteils! Wir haben die Frage gestellt: Könnten nicht gerade in der heutigen politischen Landschaft Utopien – insbesondere sozialdemokratische Utopien – notwendige Impulse für eine Stärkung der Demokratie und eine lebensbejahende Zukunft geben?

Zunächst haben wir den Unterschied zwischen der heute gerne bei jeder Gelegenheit beschworenen «Vision» und der «Utopie» geklärt.

Die *Vision* bedeutet vom Wort her «das Sehen». Sie bezieht sich zunächst auf die subjektive Wahrnehmung einer Erscheinung, z. B. im religiösen Sinn. Sie soll andere für bestimmte Ziele begeistern. Dazu stellt sie bildlich-kreativ vor, wie ein Werk oder Projekt im gewünschten Endzustand aussehen könnte, und zwar im Rahmen der herrschenden Umstände. In der Unternehmungsführung z. B. beschreibt sie den langfristigen Ausblick auf die angestrebte Marktposition.

Die *Utopie* ist der Entwurf für eine ideale, erstrebenswerte Gesellschaft oder eine Welt in der Zukunft, die noch nicht existiert, aber denkbar ist. Sie zeigt ein Gegenbild zu bestehenden Schwachstellen und Ungerechtigkeiten auf und will diese Situation für alle fundamental verbessern. Sie ist in allen Teilen neu, umfassend und somit eine radikale Alternative zum Heute. Sie ist nie fertig, kein Rezept, keine Fantasie, auch keine Flucht oder technologische Science-Fiction, sondern ein Leitstern für einen Weg in eine bessere Zukunft.

Wichtig: auf dem Weg sind die Menschen mitzunehmen, und dieser ist nicht gradlinig. Die Annäherung an das Ziel ist die Motivationsquelle.

Auch an einer bzw. unserer Demokratie wird ständig gebaut, allein schon infolge des gesellschaftlichen Wandels und der sich verändernden Lebensumstände.

Schon der griechische Philosoph Platon (427–347 v. Chr.) hat die Utopie eines idealen Staates entworfen. Der englische Staatsmann Thomas Morus (1478–1535) hat mit dem fiktiven Gegenentwurf einer «besten Staatsverfassung auf der Insel Utopia» eine humanistische Kritik an den Zuständen seiner Zeit vorgelegt.

In der WRB haben wir aktuelle Denker als Grundlage genommen:

Die Philosophin Corine Pelluchon fragt im Büchlein «Die Macht des Weiblichen. Ideen zu einer Demokratie ohne Herrschaft» (2026): Wie sieht eine Gesellschaft aus, in der jeder seinen Platz findet und sich am Projekt einer Neuausrichtung der Wirtschaft beteiligen kann? Mit einer *Politik der Wertschätzung* müsste ein solcher Gesellschaftsentwurf geschaffen werden können.

Aussagekräftige Beiträge finden sich im Katalog zu einer Kunstaussstellung «Utopia. Recht auf Hoffnung» (Wolfsburg 2025):

- Andreas Beitin hinterfragt die Aktualität von Utopien angesichts der wechselvollen Geschichte utopischer Gesellschaftsentwürfe. Er zeigt auf, dass angesichts der gegenwärtigen globalen Krisen ein weltweiter *kollektiver Utopismus* und *neue Utopie-Fabriken* überlebensnotwendig sind. Konstruktive und vorausschauende Ideen z. B. aus den Bereichen Bildung und Wissen sind dazu von zentraler Bedeutung, auch als faktenbasierte Grundlage für eine demokratische Politik.
- Die Soziologin Lisa Garforth mahnt *grüne Utopien gegen die Klimakrise* an: Um der Gefahr der Einseitigkeit und bloss kritischen Opposition zu entgehen, muss die Utopie *offen für Überraschungen* bleiben, für den *Wert des Nichtwissens*, für *Verletzlichkeit und Schwäche, soziale Strukturen*. Weltweit können zahlreiche Inspirationen gewonnen werden aus Mythen, Fantasy, Spekulation, Träumen, Kunst und Populärkultur. Darin könnte ein *riesiges Archiv grüner utopischer Ideen, Bilder, Fiktionen und Praktiken* gefunden, erforscht und angewendet werden.
- Der Kunsttheoretiker Jörg Heiser untersucht Gründe, warum weltweit viele Demokratien zu autokratisch-oligarchischen Strukturen tendieren. Wichtig sei das *Recht auf Erinnern, um ein Abgleiten von gesellschaftlichen Utopien in unmenschliche Dystopien zu verhindern*, aber: «Erinnerung alleine verhindert nicht die Wiederholung von Verbrechen. Und Erinnerung alleine befähigt nicht dazu, Veränderung des Bestehenden zu denken und zu verwirklichen. Doch sie ist Voraussetzung für die Fähigkeit, Irrwege als solche zu erkennen.»

Eine Schlüsselstellung für die Auseinandersetzung mit Utopien nimmt der marxistisch geprägte Philosoph Ernst Bloch (1885–1977) ein. In 1980 herausgegebenen Vorträgen unter dem Titel «Abschied von der Utopie?» reflektiert er über den Umgang bzw. den nicht vorhandenen Umgang mit der Utopie in der Politik, und damit auch über die Politik für die Menschen. Nach ihm ist *die Formulierung und Verfolgung einer Utopie ein Auftrag an die ganze Menschheit als Kollektiv*. Er stellt daran höchste Ansprüche: Verschiedene Entwicklungen des Bewusstseins sind nötig, um den *Weg zu einer richtigen, echten Zukunft* zu finden. Eine Zielformulierung ist wichtig. Sie ist das *Fernziel verbunden mit Fantasie*, und der Weg ist nicht geradlinig, braucht Spannung, Wille, Begeisterung – woher soll diese kommen, wenn die Sicht auf die Zukunft durch Pessimismus verdunkelt ist? Die *Assoziation zum Tagtraum* verweist darauf, dass die Quellen sehr verschieden, aber immer tiefgründig sind. Denn eine Utopie soll *Kopf und Herz ansprechen und packen*. Sie muss über aktuelle Konjunkturen hinaus Bedeutung haben. Bloch fordert eine *radikale (und deshalb unheimliche) Utopie, eine Formulierung der Zukunft als Novum bezüglich des Ziels und des Wegs*. «Es muss als etwas da sein, was nicht vollkommen determiniert ist, nicht fertig ist. Die Menschen sind nicht fertig, und die Welt ist nicht fertig ...» Und: «Die Form der sozialen Utopie ist zu eng.»

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11.03.2026 fragt Jürgen Kaube mit Blick auf die SPD unter dem Titel: «Vorwärts zur Nostalgie», ob es einen Elan gibt, und ob es eine Vorstellung gibt, wie die Zukunft gestaltet werden könnte. Unsere Schlussfolgerung: Wir brauchen eine sozialdemokratische Utopie!

- Eine sozialdemokratische Utopie beschreibt eine ideale Gesellschaft, die der grösstmöglichen Zahl der Menschen erstrebenswert erscheint: *Sie ermöglicht jedem/jeder, seine/ihre Fähigkeiten zu entfalten und an einem gemeinschaftlichen Projekt für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Welt mitzuwirken.* Sie erweitert den Horizont des Möglichen und macht Udenkbares greifbar. Sie stärkt das Vertrauen und den Willen, die Zukunft gemeinsam und aktiv zu gestalten. Als *Leitstern für den Weg in eine bessere Zukunft* motiviert sie zum Aufbruch.
- Sie zeigt eine *radikal humanistische, dem Leben und der Lebensfreude zugewandte, demokratisch fundierte Gegenwelt* zu drei *Dystopien (negative Utopien)*, die heute manchen unvermeidlich oder gar verführerisch erscheinen:
 - gegen die Fortsetzung einer (neo-liberalen) Ökonomisierung aller Lebensbereiche durch maximalen Abbau demokratisch-staatlicher Regeln und sozialer Institutionen zugunsten einer ausschliesslichen Wirtschaftsfreiheit. Unter dem Vorwand angeblich überlegener privater Effizienz und Notwendigkeit ständigen, quantitativen Wachstums würden damit weltweit die unverantwortliche Arbeits- und Ressourcenausbeutung und die extrem ungerechte Vermögens- und Einkommensverteilung weiterbefördert – der ideale Nährboden für rechtsextreme Diskriminierungs- und Spaltungsstrategien und die Etablierung autokratisch-korrupter Oligarchien.
 - gegen einen menschenfeindlichen, pseudo-religiösen Techno-Feudalismus, der wenige Auserwählte vor der geradezu herbeiprovozierten, irdischen Apokalypse in geschlossene Inseln des Reichtums oder gar extraterrestrische Gefilde retten will.
 - gegen einen extremen, post-modernen Relativismus, wo alle Meinungen, Haltungen und Handlungen unbestritten, unbeschränkt und jederzeit beliebig veränderbar als gleichwertig gelten sollen (*anything goes*), was zur Ablehnung wissenschaftlicher Methodik und empirisch nachweisbarer Fakten führt, sowie letztlich zur Fragmentierung der Gesellschaft in unversöhnlich-exklusive, identitäre, manipulierbare Interessengruppierungen.

Probieren wir es aus. Ein Arbeitstitel für diesen Weg könnte heissen: *die «Bürgerpolitik» gewinnt die Hoheit über die «Wirtschaftspolitik» zurück.*

Bleiben wir nicht stehen, sondern machen wir uns auf den Weg, eine Demokratie zu schaffen, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben dürfen und sich selbst regieren, verbunden mit geregelten Verfahren und Institutionen.

Autorinnen für die WRB:

Petra Schwaller, Ilse & Christoph Ditzler, Juni 2026